

Deutscher Informationsdienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Eric Alfringhaus, Berlin
Verlagsnummer: Amt Dönhoff 4196/4196



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin OS 61,
Dette - Alliance - Platz 6

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund eines Beschlusses der Redaktion gestattet. Die Abgabe der Beiträge erfolgt ausschließlich für beide Teile in Berlin.

Berlin, den 20. April 1933

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

1. Mai 1933.

DI. Wenn am 1. Mai die Pariser Arbeiter demonstrieren, entsprechend den Beschlüssen der internationalen Sozialistenkongresse von 1889 und 1893 für Achtstundentag und Weltfrieden, so bietet die bürgerliche Republik in Frankreich ein Heer von Polizisten auf. Der Tag ist traditionell unruhig, ein Symbol des Klassenkampfes in der bürgerlichen Republik: hier die Arbeiter, die ihr Recht fordern - dort die Staatsmacht, hier die Sozialisten - dort die Polizei. Das ist kein allgemeines Frühlingsfest, keine Volksverbrüderung, sondern eine Kampfdemonstration.

In Deutschland haben in den vergangenen Zeiten, im Kaiserreich wie in der demokratischen Republik, die Maifeiern nicht diesen aggressiven Kampfcharakter gezeigt. Das Recht auf Kultur und Freiheit, auf freie Zeit für kulturwürdiges Dasein stand im Vordergrund, das Ringen um Anerkennung, nicht um Macht; denn von jeher ist eine Wurzel der Arbeiterbewegung und des Sozialismus in Deutschland der Schrei nach Bildung, nach Gleichberechtigung, nach Aufstieg gewesen; die tiefe Sehnsucht nach den ideellen Werten des Lebens hat den deutschen Sozialisten die Gläubigkeit gegeben, nicht der Kampf um das Materielle. Als das Bürgertum in den Materialismus des Gewinnstrebens um des Gewinnes willen versank, hat der Sozialismus in Deutschland an die grossen Traditionen des deutschen Idealismus angeknüpft und ist zu seinem Siegelbewahrer geworden. Der Arbeit ihr Recht - diese tiefste Grundlage aller sozialistischen Jdeengänge und Bewegungen hat von jeher den Maitag getragen.

Es waren in erster Linie die gewerkschaftlichen Organisationen, die die Maifeier in Deutschland getragen haben. Das ist so gewesen im Kaiserreich, es ist so geblieben in der Republik. Ein Versuch nach der Revolution, den 1. Mai zum gesetzlichen Volksfeiertag zu machen, ist gescheitert an dem mangelnden Verständnis im Bürgertum, an den Widerständen seiner Parteien. So hat die Arbeiterschaft bisher den 1. Mai als ihr Fest gefeiert, nicht als das Fest aller, sie hat ihn gefeiert als Symbol der Forderung eines Rechtes, das nirgends geschrieben steht, das aber unverbrüchlich in der Brust von Millionen von Arbeitern wohnt.

Diesmal soll in Deutschland der 1. Mai ganz anders gefeiert werden. Es sollen nach dem Willen der Reichsregierung am 1. Mai nicht die Polizisten gegen die Arbeiter stehen wie in Paris. Es sollen nicht die Bürger unbeteiligt oder feindselig abseits stehen. Es soll ein allgemeines Fest sein, das Fest aller, das Fest der deutschen Arbeit.

Es ist in Deutschland alles in Bewegung und im Umbruch, und auch der Sinn der bisherigen Maifeiern erfährt seine Wandlung. Das Riesenfest, das die Reichsregierung vorbereitet, fällt auf das gleiche Datum, das der internationale Sozialistenkongress von 1889 ausgewählt hatte, aber sein Sinn ist ein anderer. Die Staatsmacht will das Verhältnis von Arbeitern und Arbeitgebern regeln, das Recht soll nicht mehr aus dem Streit hervorgehen und dem Satze: "Im Kampfe sollst du dein Recht finden" - die Staatsmacht selbst, der Wille der Regierung soll künftig die Quelle des Rechts sein, und beide bisher miteinander streitenden Kräfte sollen gemeinsam diesem Staatswillen unterworfen werden.

Die gemeinsame Maifeier, die von beiden Teilen Preisgabe kämpferischer Traditionen verlangt, ist daher ein gesteigerter Ausdruck des Machtwillens der Regierung. Es soll an diesem 1. Mai mit einem Wort eine gleichgeschaltete Maifeier stattfinden.

Die freien Gewerkschaften werden sich an diesem "Fest der deutschen Arbeit" beteiligen. Es ist für sie ein grosser Schritt von der bisherigen Maifeier der Arbeiter zur Maifeier aller - aber sie quittieren mit diesem Schritt für die theoretische Anerkennung des Rechts der Arbeit, die in der Veranstaltung der Reichsregierung liegt.

Die unumschränkte Staatsmacht hat mit diesem Maifest ein Symbol vererbeter Klassenharmonie geschaffen. Sie will selbst die sozialen Rechte abwägen - das ist der Sinn der Feier, deren alte Form aus dem Schrei nach dem Rechte der Arbeit geboren worden ist. Das Recht der Arbeit - wie kann, wie wird es in Zukunft erfüllt werden?

Eines aber wird über diesem Maifest der deutschen Arbeit wie eine Mahnung stehen, eine Mahnung an alle ohne Ausnahme: Arbeit schaffen ist das erste und oberste Gebot!

DI. Das Volkshaus in Bremen ist von Nationalsozialisten besetzt worden. Der Gaststättenbetrieb hat dadurch keine Unterbrechung erfahren. Auch die in dem Volkshaus gelegenen Büros sind nicht geschlossen. Der nationalsozialistische Kommissar, der die Verwaltungsgeschäfte übernommen hat, erklärte, dass Gewerkschaftsführer, die sich seinen Anordnungen nicht fügen, in Haft genommen würden.

Die Besetzung des Volkshauses hängt mit der Verhaftung von fünf Vorstandsmitgliedern der Bremer Arbeitskammer zusammen. Dieser Vorstand hat der Volkshaus-Verwaltung aus Mitteln der Arbeitskammer 200 000 Mark überwiesen, ohne darüber einen rechtmässigen Beschluss der zuständigen Instanz herbeigeführt zu haben. Diese Beschlussfassung unterblieb seinerzeit aus politischen Gründen.

DI. Der Besuch deutscher Minister in Rom ist im In- und Auslande stark beachtet worden und hat Anlass zu Erörterungen gegeben, die freilich meistens dem tatsächlichen Ablauf der Ereignisse nicht gerecht werden.

Während Reichsminister Göring naturgemäss mit den italienischen Regierungsstellen Fragen allgemein politischen Charakters, darunter auch solche der Luftschifffahrt, erörterte, hat sich Herr von Papen mit dem Vatikan über kirchliche Angelegenheiten, soweit sie in das Staatsinteresse hinüberspielen, ausgesprochen. Von einer Seite, die Herrn von Papen nahesteht, ist die Behauptung dementiert worden, der Vizekanzler habe in Rom über ein Reichskonkordat oder über die Gründung einer neuen katholischen Partei in Deutschland

verhandelt. Diese Berichtigung trifft insofern zu, als Vizekanzler von Papen keineswegs mit einem festen Auftrag nach Rom gereist ist. Er wollte sich dort vielmehr über die allgemeine Stimmung des Vatikans orientieren und vorläufige Sondierungen über die Bereitschaft der Kirchenleitung zur Neuordnung des Verhältnisses der katholischen Kirche zum Staat vornehmen. Ebenso kann er nicht die Absicht gehabt haben, im Vatikan die Pläne einer neuen Partei zu erörtern.

Vor einigen Wochen ist zwar unter dem Protektorat des Herrn von Papen eine neue katholische Vereinigung gegründet worden, die sich Kreuz und Adler nennt. Sie ist aber keine parteimässig aufgezugene Organisation. Der Verband Kreuz und Adler will keine grosse Partei werden, er will vielmehr die geistigen Kräfte des deutschen Katholizismus sammeln, wenn man so sagen darf, eine Art geistiger katholischer Stahlhelm sein. Er soll natürlich politisch zum Einsatz gebracht werden und ist wohl als ein katholisch konservatives Gegengewicht gegen das Zentrum gedacht. Aber Herr von Papen hat in Rom bestenfalls darüber ganz kurze Mitteilungen gemacht, ohne dass es grössere Unterhaltungen über diese Pläne gegeben hätte.

Seine Verhandlungen mit dem Kardinal-Staatssekretär Pacceli und den Parteimitgliedern bezogen sich ausschliesslich auf die kirchlichen und religiösen Verhältnisse Deutschlands. Es ist bekannt, dass in Berliner Kreisen Erwägungen darüber angestellt worden sind, ob der Abschluss eines Reichskonkordats mit der Kurie sich empfehle und ob es möglich wäre, hierbei das italienische Vorbild zu verwerten. Das italienische Konkordat enthält das Verbot der parteipolitischen Betätigung der katholischen Geistlichen. Sie sind ausschliesslich auf ihren religiösen Aufgabenkreis beschränkt. In den Unterhaltungen zwischen den römischen Prälaten und dem deutschen Minister ist deutscherseits auch die Frage aufgeworfen worden, ob eine ähnliche Klausel in einem Reichskonkordat auf die Zustimmung des Vatikans rechnen könne. Aus vatikanischen Kreisen wird auf das bestimmteste versichert, sowohl der Papst als auch der Staatssekretär Pacceli hätten keine Zweifel darüber gelassen, dass sie ein Verbot der politischen Betätigung des Klerus in Deutschland niemals gutheissen oder diesem gar zustimmen würden. Eine solche Forderung müsste nach dieser Haltung des Vatikans ein Reichskonkordat unmöglich machen. Die kirchlichen Kreise weisen auf den grundsätzlichen Unterschied der kirchlich-religiösen Verhältnisse in Italien und in Deutschland hin. Der Papst, so argumentiert man im Vatikan, konnte unbedenklich das Verbot zur politischen Betätigung der Geistlichen in das italienische Konkordat aufnehmen, weil Italien ein konfessionell einheitliches Land ist, in dem die politischen Interessen des italienischen Katholizismus eher gewahrt werden können als in dem konfessionell zersplitterten Deutschland. Hier, so hört man aus Kirchenkreisen weiter, seien die Katholiken eine Minderheit, die auf die politische Mitwirkung des Klerus nicht verzichten könne.

Dieser in sehr positiver Form vertretene Standpunkt des Vatikans dürfte auf die parteipolitische Entwicklung in Deutschland nicht ohne Einfluss bleiben. Wie man weiss, ist das Zentrum sehr stark von der Haltung der katholischen Geistlichkeit abhängig. Mehrere Geistliche sitzen in der Reichstagsfraktion und ein Prälat ist der Führer dieser Partei. Ein vom Vatikan gebilligtes Verbot der parteipolitischen Betätigung der Geistlichkeit hätte starke Kräfte des Zentrums einfach lahmgelegt und die Partei erschüttert. Aus der Tatsache, dass die oberste Leitung der Kirche auch weiterhin die politische Betätigung der Geistlichen in Deutschland, selbstredend in den durch die besondere Stellung der Geistlichkeit gezogenen Grenzen, wünscht, folgert man in katholisch-kirchlichen Kreisen Deutschlands, dass der Vatikan ein Verschwinden des Zentrums nicht gern sehen würde. Man ist überzeugt, dass von Rom aus nicht nur nichts geschehen werde, um die Arbeit des Zentrums zu erschweren oder gar unmöglich zu machen, sondern dass man im Gegenteil

im Vatikan die Existenz des Zentrums für eine deutsche Notwendigkeit hält. Alles das ist Herrn von Papen gegenüber zum Ausdruck gebracht worden.

Von Interesse ist übrigens die Tatsache, dass derselbe Zug, in dem der Vizekanzler fuhr, auch den Führer des Zentrums, Prälat Kaas, nach Rom brachte. Er war während der Anwesenheit von Papens ebenfalls in der italienischen Hauptstadt und befindet sich heute noch dort.

DI. Das bayerische Staatsministerium hat folgendes Gesetz beschlossen und am Donnerstag verkündet:

"Der Reichspräsident, Generalfeldmarschall von Hindenburg, der Führer der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, Reichskanzler Adolf Hitler, der Statthalter des Reiches in Bayern, General Franz Ritter von Epp, und der Stabschef der SA der NSDAP, Hauptmann a.D. Staatssekretär Ernst Roehm, haben sich um die nationale Erhebung in Deutschland und damit um Volk und Vaterland verdient gemacht. Es wird ihnen dafür das Ehrenbürgerrecht des Freistaates Bayern verliehen. Dieses Gesetz ist öffentlich anzuschlagen."

Die Verleihung eines staatlichen Ehrenbürgerrechts wird mit diesem Gesetz zum erstenmal in Deutschland eingeführt.

X X X
Die im thüringischen Städteverband zusammengeschlossenen Städte und Gemeinden haben Reichskanzler Hitler und Reichsinnenminister Dr. Frick zu ihren Ehrenbürgern ernannt.

DI. Anfang nächster Woche beginnt in Genf die Tagung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts.

Im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts wird Deutschland durch das Vorstandsmitglied des ADGB Leuschner, früher hessischer Innenminister, vertreten. Obwohl die Vorverhandlungen in Genf bereits begonnen haben, hat Leuschner bis jetzt die Reisegenehmigung der Regierung nicht erhalten. Das Kabinett, an das das Reichsarbeitsministerium die Angelegenheit verwiesen hat, soll sich erst am Sonnabend oder Montag entscheiden.

Die Angehörigen des Verwaltungsrats werden nicht durch die beteiligten Nationen, sondern durch die Arbeitnehmer- bzw. Arbeitgebergruppen gewählt. Der Stellvertreter Leuschners ist Angehöriger der polnischen Gewerkschaften.

DI. Das neue Schulgesetz, das dem Reichskabinett bereits vorliegt und eine "Säuberung der Schülerschaft von fremdstämmigen Elementen" bezweckt, sieht eine andere Regelung vor als sie beispielsweise in dem Beamtengesetz niedergelegt ist.

Das Schulgesetz soll die Bestimmung enthalten, dass an Universitäten und höheren Schulen fremdrassige Schüler und Hochschüler nur entsprechend der Quote vertreten sein dürfen, die dem Anteil ihrer Rasse am Volksganzen entspricht. Diese Quote soll nicht nach der Zahl der Religionsangehörigen bemessen werden, sodass der jüdische Anteil 1 Prozent zweifellos bedeutend übersteigen wird. Dagegen soll in den Ausführungsbestimmungen vorgesehen werden, dass die jetzt schon auf den Universitäten oder höheren Schulen befindlichen Schüler und Hochschüler fremder Rasse auf die Quote angerechnet werden, sodass unter Umständen eine Neuzulassung für die nächsten Jahre gesperrt wird. Die Ausführungsbestimmungen werden auch Einzelheiten darüber enthalten, in welcher Form das Gesetz für die verschiedenen Schularten gelten soll.

DI. Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat zu den von der Reichsregierung zum 1. Mai vorgesehenen Veranstaltungen folgenden Beschluss gefasst:

"Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt den 1. Mai 1933 als gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit und fordert die Mitglieder der Gewerkschaften auf, im vollen Bewusstsein ihrer Pionierdienste für den Maigedanken, für die Ehrung der schaffenden Arbeit und für die vollberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staat sich allerorts an der von der Regierung veranlassten Feier festlich zu beteiligen.

Der Bundesausschuss erinnert in diesem Zusammenhang die Regierung und die gesamte Öffentlichkeit erneut an die Notlage der arbeitslosen Massen und spricht die Erwartung aus, dass die Regierung die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden ohne Verdienstschränkung für die Arbeiter baldigst durchführen möge.

Ebenso dringlich ist es, dass die Bemühungen der Regierung um Arbeitsbeschaffung und Siedlung mit allem Nachdruck weiter gefördert werden. Die Gewerkschaften sind nach wie vor bereit, diese Bemühungen mit allen Kräften zu unterstützen."

x x x

Mit der Aufforderung des Bundesausschusses des ADGB an seine Mitglieder, den 1. Mai als "Ehrung der schaffenden Arbeit und für die vollberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staat" zu begehen, wird an alte Forderungen der Gewerkschaften erinnert, die von jeher ihre Aufgabe darin erblickten, die Arbeiterschaft zum Staat zu erziehen. Kein Staat, er mag geartet sein wie er wolle, wird die staatenbildende Kraft und die staatspolitische Fähigkeit der Gewerkschaften und der Arbeiterschaft entbehren können. Diese Kraft hat nach dem Zusammenbruch im Jahre 1918 die Einheit Deutschlands gerettet, hat während der Separatistenzeit deutsches Land deutsch erhalten. Das zu verkennen, wäre eine nationale Katastrophe. In diesem Sinne nehmen die Gewerkschaften den Gedanken der Regierung, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit zu feiern, auf.

Im übrigen weist der ADGB auf die dringende Notwendigkeit hin, Arbeitsbeschaffung und Siedlung mit allem Nachdruck zu fördern, vor allem aber die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden ohne Lohn- und Gehaltsabzug durchzuführen. Damit geben die Gewerkschaften dem Feiertag der nationalen Arbeit die sozialpolitische Ergänzung. Zweifellos steht hinter dieser Forderung die gesamte deutsche Arbeiterschaft

Der Aufruf des ADGB birgt für die Gewerkschaften zugleich Verpflichtungen bestimmter Art in sich. Wer Forderungen aufstellt wie der Bundesausschuss des ADGB, darf und kann sich nicht damit begnügen, sie zu Papier zu bringen und dann zuzusehen, was der Zufall aus ihnen macht. Wer so und das fordert wie die Gewerkschaften, verpflichtet sich, alles zu tun und alles daran zu setzen, um seine Forderungen zu verwirklichen. Das muss dort sein, wo sich die Möglichkeit bietet, derartige Forderungen zu verwirklichen. U.W. hat sich der Bundesausschuss des ADGB, als er seinen Aufruf erliess, von solchen Überlegungen leiten lassen. Der Aufruf gewinnt damit grundsätzliche Bedeutung.

DI. Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale hat am Donnerstag ihre Uebersiedlung von Berlin nach Paris vollzogen.

DI. Der Reichsminister der Finanzen hat in einem Rundschreiben den Regierungen der Länder mitgeteilt, dass die Reichsregierung beabsichtige, die Warenhaussteuer und Filialsteuer (Zweigstellensteuer) - voraussichtlich mit Rückwirkung vom 1. April 1933 ab - von Grund auf neu zu regeln. Gleichzeitig hat er den Regierungen der Länder nahegelegt, Beschlüsse über Erhebung einer Warenhaussteuer und Filialsteuer (Zweigstellensteuer) bis auf weiteres zurückzustellen.

DI. Der Entschluss der Vereinigten Staaten von Nordamerika, die künstliche Stützung des Dollars aufzugeben, hat an den internationalen Börsen zu einer Abschwächung des Dollars um etwa 10 Prozent geführt. Mit diesem Abschlag hatte die amerikanische Regierung, bevor sie das Goldausfuhrverbot erliess, gerechnet. Roosevelt hat den Kongress inzwischen um die Ermächtigung ersucht, ein Amt für die Stabilisierung des Dollars zu schaffen, die Bestimmungen über den Goldgehalt des Dollars zu ändern und die Rückzahlung der Kriegsschulden in Silber zu verlangen.

Das Durcheinander auf den internationalen Märkten hat sich natürlich durch die Dollarschwäche gesteigert; besonders grosse Nervosität löste sie in England und in Frankreich aus. Mit der Abschwächung des Dollars ist ein neues Handelshemmnis in der Welt entstanden, mit genau denselben Wirkungen, wie sie die Absackung des englischen Pfunds um rund 25 Prozent seines Wertes auslöste. Daran kann Amerika auf die Dauer kein Interesse haben. Wohl hat sich der Baumwollpreis an den amerikanischen Börsen um 1 Cents pro englisches Pfund - das bedeutet eine Preissteigerung um rund 15 Prozent - erhöht. Diese Entwicklung kommt zweifellos den amerikanischen Absichten entgegen, durch Vermehrung des Notenumlaufs die Rohstoffpreise (Baumwolle, Weizen, Kupfer usw.) zu steigern. Man wird in Amerika aber nicht verkennen, dass eine nachhaltige Preissteigerung bei den Massengütern nur durch grösseren Verbrauch zu erzielen ist und grösseren Konsum schafft man nicht, indem man das Wagnis und die Unsicherheit auf dem Weltmarkt durch Währungsschwankungen vergrössert. Aus diesen Überlegungen heraus kommen wir zu dem Schluss, dass die Dollarschwäche eine stark diplomatische Seite hat. Mit einem um 10 Prozent in seinem Wert verringerten Dollar tritt Amerika England, das seinen Export durch Pfundinflation zu steigern versucht, mit der gleichen Waffe entgegen, wahrscheinlich mit dem Ziel, die englische Delegation, die demnächst in Washington eintrifft, um über die Schuldenfrage zu beraten, nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer internationalen Währungsstabilisierung hinzuweisen.

Die Dollarschwäche ist keineswegs so auszulegen, als ob der Block der Goldländer eine empfindliche Niederlage erlitten hat; vielmehr ist zu erwarten, dass die amerikanischen Ereignisse den Weg zu einer Reorganisation auf dem Währungsgebiet frei machen. Bis dahin wird die einmal eingeschlagene Entwicklung aber die Wirtschaftskrise in aller Welt verschärfen. Einziger Lichtblick ist die Weltwirtschaftskonferenz, die den Völkern die Möglichkeit bietet, in internationaler Zusammenarbeit zu retten, was noch zu retten ist.

DI. An der Berliner Börse wurde am Donnerstag der Dollar im Freiverkehr mit 3,80 Mark gegen 4,10 Mark am Mittwoch gehandelt. Die amtliche Notierung ergab 3,90 Mark (Vortag 4,15 Mark).

Unter dem Eindruck der Dollarschwäche begann der Rentenmarkt anfangs stark abgeschwächt. Erst als bekannt wurde, dass die Reichsregierung eine

Erklärung abgeben werde, unter allen Umständen die Mark stabil zu halten, befestigte sich der Markt. Neubesitz schloss mit 13 5/8 nach 13, Altbesitz mit 73 5/8 nach 72,5.

Aktien lagen wieder sehr fest. Farben zogen von 135 auf 138, Deutsche Erdöl von 106,5 auf 112 an. Anscheinend rechnet man im Anschluss an die Dollarschwäche mit einer Steigerung der Benzinimportpreise. Ebenfalls fest erwiesen sich Montanwerte. Gelsenkirchen kletterten von 63 1/4 auf 67. Die Tarifwerte waren freundlicher. Charlottenburger Wasser erholten sich von 68,5 auf 73 und Berliner Kraft und Licht von 101 5/8 auf 104,5. Demnach scheint man nicht allzusehr mit einer Preissenkung für Gas, Elektrizität und Wasser zu rechnen.

DI. In Berlin-Erkner kam es in der Nacht zum Donnerstag zu einem schweren Konflikt zwischen SA-Leuten und Mitgliedern des Stahlhelms. Zwei Stahlhelmführer wurden von Landjägern vorübergehend verhaftet. Die Durchsuchung ihrer Wohnungen führte zur Beschlagnahme zahlreicher Waffen.

Die Auseinandersetzungen zwischen SA und Stahlhelmlenten spielten sich im Anschluss an eine Sitzung der Gemeindevertretung ab, die mehrere Schöffen wählen sollte. Die Sitzung musste infolge Obstruktion der Kampffront Schwarz-Weiss-Rot und der Sozialdemokraten wegen Beschlussunfähigkeit vertagt werden. Die nationalsozialistische Fraktion trat daraufhin im "Märkischen Hof" zu einer Besprechung zusammen, die bis spät abends dauerte. Als die Fraktionsmitglieder schliesslich das Gasthaus verlassen wollten, stiessen sie auf etwa 80 Stahlhelmlente, die inzwischen alarmiert worden waren. Es kam zu Raufereien, in deren Verlauf auch der nationalsozialistische Abgeordnete des Preussischen Landtags Weidlich tätlich angegriffen wurde. Später forderte Weidlich von Preussischen Innenministerium ein Ueberfallkommando an, das bei dem Führer des Stahlhelms in Erkner eine Haussuchung vornahm und ihn dann festnahm. Unterdessen traf von auswärts SA-Verstärkung ein, die jedoch nicht mehr einzugreifen brauchte, da die Auseinandersetzungen bereits beendet waren. Sie dauerten mehrere Stunden. Erst lange nach Mitternacht konnte die Ruhe wiederhergestellt werden.

DI. Die während der letzten Zeit in der Textilindustrie stattgefundenen Betriebsräteahlen ergaben folgende Mandate:

	Freie Gew.	Christen	RGO	NSBO
Wuppertal (35 Betriebe)	150	24	7	35
Krefeld	158	40	4	1
Kaiserslautern (Kammgarnspinnerei A.G.)	9	2	-	-
Hof (10 Betriebe)	65	-	-	9
Mühlhausen i/Th. (Kammgarnspinnerei Thuringia)	4	-	4	-
Osnenburg	6	-	-	-
Langensalze (Wollgarnspinnerei AG)	5	-	2	-
Bleicherode	6	-	-	-

Sämtliche Mandate erhielten die Freigewerkschafter (Deutscher Textilarbeiterverband) in zwei Mühlhausener Betrieben und bei der Firma Gebr. Foucar in Köppern.

DI. Im Einverständnis mit dem Preussischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit hat der nationalsozialistische Staatskommissar zur Wahrnehmung der Geschäfte des Stadtschulrats in Berlin die bisherigen Lehr- und Bildungspläne aufgehoben. Bis zur endgültigen Regelung soll dem staatsbürgerkundlichen Unterricht ein Bildungsplan zugrundegelegt werden, der folgende "Vorbemerkung" enthält:

"In den Mittelpunkt des gesamten staatsbürgerkundlichen Unterrichts sind Brögers Worte zu stellen:

"Nichts kann uns rauben
Liebe und Glauben
Zu diesem Land!
Es zu erhalten
Und zu gestalten
Sind wir gesandt.
Mögen wir sterben,
Unseren Erben
Bleibt dann die Pflicht:
Es zu erhalten
Und zu gestalten,
Deutschland stirbt nicht."

Bröger ist seit seiner Jugend Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

DI. Die Reichsregierung hat mit Italien eine Vereinbarung getroffen, wonach der Vertragszoll für Kartoffeln in Höhe von 1,50 RM je dz in Zukunft nur für die im Jahre der Einfuhr geernteten Kartoffeln erhoben wird. Auf Grund der Meistbegünstigung genießen u.a. auch Holland und Belgien diesen Vorzugszoll von 1,50 RM für alle im Jahre der Einfuhr geernteten Kartoffeln. Dagegen wird bei der Einfuhr von Kartoffeln alter Ernte mit Wirkung ab 15. April nicht mehr der im deutsch-italienischen Handelsvertrag gebundene Zollsatz von 1,50 RM, sondern der für die Zeit vom 1. April bis 31. August in Kraft befindliche autonome Zollsatz von 6 RM je dz erhoben. Für die Zeit vom 1. bis 31. Juli tritt dagegen der im deutsch-belgischen Handelsvertrag gebundene Zollsatz von 1,50 RM je dz wieder in Kraft.

Der erhöhte Kartoffelzoll trifft besonders die Einfuhren aus Holland und Belgien.

DI. Der am Sonntag in der Nähe der Villa des Reichskanzlers bei Berchtesgaden festgenommene Mann ist, wie die Polizeidirektion München amtlich mitteilt, Mitglied der SA. Die Behauptungen, dass Orlowski, wie in der nationalsozialistischen Presse berichtet wurde, Kommunist sei und als solcher wiederholt vorbestraft wäre, haben sich als nicht zutreffend erwiesen. Orlowski war nach Berchtesgaden gereist, um den Reichskanzler in einer Gnadensache aufzusuchen.

DI. Der Landesausschuss der Sozialdemokratischen Partei Bayerns hatte sich kürzlich an das bayerische Innenministerium mit der Frage gewandt, ob Gewerkschaftssekretäre bei der Neubildung der Gemeinderäte als Kandidaten bestellt werden können, da es sich in den Gemeindeverwaltungen nicht um

die Behandlung und Entscheidung politischer, sondern nur wirtschaftlicher und sozialer Fragen handle. Das Innenministerium hat jetzt folgende schriftliche Antwort erteilt:

"Gewerkschaftssekretäre können, wenn sie die gesetzlichen Voraussetzungen der Wählbarkeit zu gemeindlichen Ehrenämtern erfüllen, für die Neubildung der Stadt- und Gemeinderäte als Bewerber benannt werden. Aus der Aufstellung eines Gewerkschaftssekretärs als Bewerber in dem Wahlvorschlag einer politischen Partei müsste aber auf eine Verbindung der Gewerkschaft mit der in Betracht kommenden politischen Partei und unter Umständen sogar auf eine politische Betätigung der Gewerkschaft selbst geschlossen werden, die mit den bekanntgegebenen Auflagen für die Wiederaufnahme der Arbeit in den Gewerkschaften unvereinbar wäre. Ein Vorgehen gegen die in Betracht kommenden Gewerkschaften müsste daher in solchen Fällen vorbehalten bleiben."

DI. Die Stein- und Braunkohlenförderung ist auch im März weiter zurückgegangen. Die arbeitstägliche Steinkohlenförderung sank von 361 000 Tonnen im Februar auf 336 000 im März (Rückgang 7,1 Prozent) ab. In der Braunkohlengewinnung (Rheinland und Mitteldeutschland) ergab sich ein Abfall von 11 Prozent (398 000 Tonnen arbeitstäglich im Februar und 354 000 Tonnen im März).

DI. Im Reichsinnenministerium wird gegebürgert an den Ausführungsbestimmungen zum Beamtengesetz gearbeitet. Vor allem soll der Begriff "Partei- buchbeamte" in diesen Ergänzungsvorschriften näher erläutert werden. Das Beamtengesetz schreibt vor, dass diese Persönlichkeiten zu entlassen sind, wenn sie nicht die übliche fachliche Vorbildung oder die zu ihrem Amte nötige Eignung besitzen. Diese Bestimmung soll jetzt insofern gemildert werden, als auf die Parteibuchbeamten jene Ausnahmen angewendet werden können, die für jüdische Kriegsteilnehmer in Beamtenstellungen vorgesehen sind. "Partei buchbeamte", die im Kriege ihre Pflicht getan haben, können demnach auf ihrem Posten bleiben oder in einem anderen Amte verwendet werden. Die Entscheidung liegt in den Händen der obersten Behörden.

DI. Der Vorstand der Bürgerschaft in Hannover hat beschlossen, die Pensionsbezüge des früheren Oberbürgermeisters von Hannover Robert Leinert bis zur genauen Nachprüfung seiner Amtstätigkeit sperren zu lassen. Es soll zunächst festgestellt werden, ob Hannover durch sein früheres sozialdemokratisches Oberhaupt Schädigungen erlitten hat.

DI. Das Reichskabinett wird erst am Montag wieder zusammentreten. Am Sonnabend weilt der Reichskanzler zu einer Führertagung der SA und SS in München.
